

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 88 846 pbbn d



## Inhalt

Helmut Rohde MdB entwickelt Gedanken zur Strategie der SPD: Nicht abdrängen lassen.

Seite 1

Dr. Peter Glotz MdB, Bundesgeschäftsführer der SPD, zu Dreggers Beschimpfung der SPD: Ablenkungshetze.

Seite 4

Dr. Rudolf Schöfberger MdB verurteilt die Aufblähung des Verteidigungshaushalts: Sicherheitspolitisch wie ökonomisch unverantwortlich.

Seite 5

Jannis Sakellariou MdEP befaßt sich auf dem Hintergrund des 4. Jahrestages der Machtergreifung der Militärs in der Türkei mit den Beziehungen Bonn/Ankara: Menschenrechte spielen keine Rolle.

Seite 7

39. Jahrgang / 176

12. September 1984

Nicht abdrängen lassen

-----  
Die Strategie der SPD

Von Helmut Rohde MdB

Die SPD darf sich nicht in Koalitionsspekulationen drängen lassen oder sich gar selbst darin verheddern. In einer Koalitionsnische liegt nicht ihre Zukunft. Sie muß sich auf strategische Leitlinien am Ende dieses Jahrhunderts konzentrieren. Sie ist die einzige politische Alternative, die stark genug sein kann, den konservativen Regierungsblock abzulösen. Die SPD muß sich selbst mehr zutrauen als den Koalitionen. Es sind vor allem drei große Fragen, auf die Antwort gegeben werden muß:

1. die wachsende Kluft zwischen Bonner Politik und Bevölkerung,
2. die Dauer und die Folgen des sozialen und industriellen Wandels;
3. schließlich die Unsicherheit, auch die Angst mit Blick auf die internationalen Beziehungen.

Entscheidend also ist, wie und womit sich die SPD in der Bevölkerung neu verwurzelt. Gesamtpolitische und innerparteiliche Bewegungen sind miteinander zu verbinden. Über Koalitionshandel erreicht man vielleicht einen Amtssessel, dauerhafteren Einfluß und Regierungsmacht aber kaum. Konkret:

1. Noch nie zuvor gab es eine so große Distanz zwischen Bonner Politik und Bevölkerung. Die "Wende" ist mit andauernden innen- und außenpolitischen Qualitätsverlusten verbunden. Viele Gründe spielen dabei zusammen.



In Bonn beschleunigt sich der Charakterwandel der Politik, der Wechsel der Generationen. Die Generation mit den starken sozialen Wurzeln hat die politische Rampe verlassen. Nicht kantiges und eigenwilliges Leben, eher Laufbahn und Professionalisierung bestimmen die Politik. Die Soziologie der Parlamente wird einseitiger. Die öffentlichen und privaten Verwaltungsberufe dominieren. Dies wird mehr als eine administrative denn als eine repräsentative Demokratie, in der sich alle Bevölkerungsschichten vertreten sehen, empfunden.

Gleichzeitig ändert sich im öffentlichen Bewußtsein auch die Einschätzung der Parlamente. Nicht wenige vermuten in Abgeordneten weniger die Kontrolleure als vielmehr die Wahlmänner der Regierung. Tatsächlich werden Parlamentsmehrheiten immer mehr in die Lage gedrängt, Prätorianergarde für die Regierung zu sein. Die Parteien müssen aufpassen, daß sie nicht zu Zuliefererunternehmen für das Verwaltungs- und Parlamentsestablishment gedrängt werden.

Diese verkrusteten Strukturen müssen aufgebrochen werden. Das wäre eine Erneuerung der traditionellen demokratischen Rolle der SPD. Es hieße dies zum Beispiel:

Selbstbewußt für das Parlament und seine Abgeordneten mehr Freiraum und Eigenwilligkeit zu erkämpfen, ebenso für dessen Fraktionen, damit sie nicht zur formierten Gesellschaft mit hierarchischen Strukturen werden.

Die Zusammensetzung der Parlamente muß wieder näher an das Verfassungswort herangeführt werden, die Willensbildung des ganzen Volkes widerzuspiegeln. Dazu gehörten neue Chancen für die Arbeitnehmerschaft im technologischen Wandel - vom Facharbeiter bis zum Techniker und Ingenieur - offenere Wege für Wissenschaftler, auch zum Beispiel für kleine und mittlere Landwirte, die immer mehr in den Sog von Strukturveränderungen gezogen werden. Statt soziologische Einfarbigkeit also mehr repräsentative Demokratie.

Innerparteilich kann sich die SPD auf Dauer nicht nur auf Ortsvereine und Wohnviertel gründen. Durch Reform der innerparteilichen Strukturen muß sie die Betriebsorganisation der neuen Industriegesellschaft einbeziehen. Feierabendpartei mit Vorstands- und anderer Gremienarbeit zu sein, langt für die Zukunft nicht mehr.

2. Wir treffen auf wirtschaftlichen Wandel und Krisen, die sich als ausdauernd und weltweit erweisen. Ein Zurück zu der Blauäugigkeit der 60er und 70er Jahre gibt es nicht. Dies ist keine "konjunkturelle Delle". Die Industriegesellschaften treten in eine neue Periode ein, die wirtschaftliche Landkarte gewinnt ein anderes Bild. Die demokratische Linke muß ihre sozial-ökonomische Strategie für morgen entwerfen. Die Probleme drängen:

Einseitige Ausrichtung auf den Export führt in die Sackgasse. Die Wirtschaft muß sich mehr im Binnenmarkt verankern. Damit aber ist nicht zu vereinbaren, daß heute hohe Milliarden-Erträge der Unternehmen nicht für investive Erneuerung und Arbeitsplätze, sondern eher für schnellen Kapitalgewinn, so USA-Anlagen, verwandt werden. Manche Großbetriebe entwickeln sich wie Großbanken mit Produktionsteil. Oder: Die Wirtschaftsförderung muß den tatsächlichen Belastungen und Problemgebieten - zum Beispiel an der Küste und in den Gebieten mit Schwerindustrie - angepaßt werden. Schließlich erfordern die Verhältnisse ein neues Bündnis zwischen Arbeit und Umwelt. Im Hinblick auf die technologisch neu bestimmte Arbeitswelt wären die Rolle der



Arbeitnehmer, ihr Einfluß und ihre tatsächliche Mitbestimmung weiter zu entwickeln. Andauernde Massenarbeitslosigkeit, die Gefährdung sozial-ökonomischer Grundlagen, sozialer Rechte und Bindungen sind zu großen Herausforderungen geworden.

Schließlich muß der Finanzierungsschlüssel der sozialen Sicherung den heutigen Bedingungen angepaßt werden. Soziale Leistungen als abgezweigte Teile des Sozialprodukts können nicht mehr allein auf einkommensbezogene Beiträge, sie müssen auch auf die Erträge der neuen Produktionstechnologie abgestellt werden. In der Europäischen Gemeinschaft wäre ein neuer Anlauf in der Arbeitsmarktpolitik erforderlich. Die Verhältnisse geraten aus dem sozialen Gleichgewicht. Freizügigkeit muß mit arbeitsmarktpolitischer und wirtschaftlicher Koordinierung verbunden werden, sonst geraten die Wanderungsbewegungen zu kapitalistischem Menschenhandel.

Im sozial-ökonomischen Wandel muß die Regierung eine aktive Rolle spielen. Die Verhältnisse können nicht allein dem Markt überlassen werden. Die Strukturveränderungen sind auch nicht nur durch Umverteilung zu bewältigen. Die sozial-ökonomischen Grundlagen müssen stimmen.

3. In der internationalen Politik sind der Verlust von Berechenbarkeit und Fähigkeit, Entwicklungen und Ziele einzuschätzen, zur überragenden Belastung geworden. Man denke allein an das Umfeld des Honecker-Besuches. Was der Kanzler am Wolfgangsee noch für rhetorische Aufgeregtheit hielt, wurde zum neuen Spannungsfeld. Die Lage wird zusätzlich schwierig, wenn sie der Einschätzung der Regierenden entgleitet.

Ich finde, daß an jene unvergessenen Reden Herbert Wehners zu erinnern ist, in denen er vor rund zwei Jahrzehnten strategische Leitlinien aufgezeigt hat. Sie hießen: Alles darauf auszurichten, die Bündnisse verhandlungs- und friedensfähig zu machen und damit die deutsche Frage zu verbinden. Das hätte auch heute konkrete Konsequenzen für Abrüstung und Entspannung, für Friedenssicherheit und das Leben der Menschen.

Wer Regierungsmacht im Auge hat, muß auf innenpolitische Stabilisierung hin arbeiten und sich gegen außenpolitische Destabilisierung wenden.

(-/12.9.1984/ks/rs)

+ + +



**Dreggers Ablenkungshetze**  
-----

Der Unions-Fraktionsvorsitzende scheitert an den Fakten

Von Dr. Peter Glotz MdB  
Bundesgeschäftsführer der SPD

Alfred Dregger versucht, von dem Drängen der SPD aufs neue Abrüstungsinitiativen der Europäer durch eine rabulistische Debatte um Manöverbehinderungen abzulenken. Er scheitert aber an den Fakten.

Schon weit, bevor Alfred Dregger sich überhaupt über das Thema informiert hatte, nämlich am 17. August, habe ich im Informationsdienst "Intern" der SPD wörtlich geschrieben: "Wir unterstützen die Friedensbewegung, wo es möglich ist, ohne daß SPD und eigenständige Friedensbewegung ihre eigenen Vorstellungen aufgeben. Wir werden uns aber auch kritisch mit einzelnen Aktionen auseinandersetzen, die falsch interpretiert werden können oder aus denen gar militante Aktionen gemacht werden können, wie beispielsweise einzelnen Verweigerungstage."

In der von Dregger hochgezogenen Resolution des SPD-Vorstands vom 7. September heißt es wörtlich: "Es muß alles vermieden werden, was zu einer Konfrontation von Soldaten und Friedensbewegung führen könnte." Für die Funktionäre der SPD ist dies (wieder in "Intern") mit dem Satz kommentiert: "Dies ist eine deutliche Warnung vor Manöverbehinderungen."

Dregger kopiert Geißler: er versucht von substantiellen politischen Fragen abzulenken und Scheingefechte zu inszenieren. Er jagt, wie der alte Adenauer das genannt hat, eine andere Sau durchs Dorf. Die deutsche Öffentlichkeit darf auf diese Ablenkungshetze nicht hereinfliegen. (-/12.9.1984/ks/rs)

+ + +



Ökonomisch, sozial und sicherheitspolitisch unverantwortlich

Bundesregierung plant drastische Steigerung der Rüstungsausgaben

Von Dr. Rudolf Schöfberger MdB

Finanzpolitischer Sprecher der Landesgruppe Bayern in der SPD-Bundestagsfraktion

Die Bundesregierung will die Verteidigungsausgaben von 47,8 Milliarden DM (1984) um 1,5 Milliarden DM auf 49,3 Milliarden DM, das sind + 3,7 Prozent, steigern. Von den 49,3 Milliarden DM gehen allein 21,2 Milliarden DM in "Militärische Beschaffungen, Anlagen und so weiter", also in die klassische Rüstung. Das sind 43 Prozent. Für 2,4 Milliarden DM (-14,3 Prozent) soll neue Munition beschafft werden, für 2,1 Milliarden DM neue Kampffahrzeuge.

Im Zeichen einer "christlichen" Regierung ist das eine unverantwortliche Expansion der Rüstungsausgaben. Die damit beschafften Rüstungsgüter machen die Bundesrepublik nicht mehr sicherer, sondern nur noch bedrohter - und nebenbei auch ärmer. Das Kanzlerwort "Frieden schaffen mit immer weniger Waffen" erstarrt zu einem Spottvers auf die tatsächlichen Vorgänge.

Aufgeblähte Rüstungsausgaben sind nicht nur sicherheitspolitisch, sondern auch ökonomisch und finanzpolitisch unverantwortlich. Die Dänen haben das erkannt, als sie jüngst ihren Verteidigungshaushalt um drei Prozent senkten. Den NATO-Musterknaben "Bundesrepublik" scheint das nicht zu stören. Hierzulande sorgt die Regierung für eine Erhöhung um 3,7 Prozent.

Damit fällt der Verteidigungshaushalt völlig aus dem Rahmen des gesamten Bundeshaushalts. Dieser steigt um 3,1 Milliarden DM, also nur um 1,2 Prozent. 1,5 Milliarden DM, das sind rund 48 Prozent des Haushaltsaufwuchses gehen allein in die Rüstung. Das ist eine der verrücktesten Haushaltsabsichten seit 1949.

Der Zuwachs im Verteidigungshaushalt korrespondiert auffallend mit dem Abbau sozialer Leistungen:

- die Ausgaben für Bildung und Wissenschaft sinken 1985 um 29,5 Millionen DM, das sind - 0,5 Prozent
- für Arbeit und Soziales sollen 1985 immerhin 1,9 Milliarden DM weniger ausgegeben werden, um 1,8 Prozent
- die Ausgaben für Jugend, Familie und Gesundheit sollen um 525 Millionen DM, das sind unerträgliche 3,2 Prozent, gekürzt werden.

Praktisch bewirkt dies, auch wenn es polemisch klingen mag,

- Raketen statt BAFÖG,
- Panzer statt Arbeitslosengeld,
- Kampfflugzeuge statt Mutterschaftsgeld.



Mehr Waffen werden durch den Abbau des Sozialstaates erkaufte. Neueste Forschungsergebnisse des US-Council on Economic Priorities, gewiß einer kapitalfreundlichen Institution, erhärten die Feststellung: "Military Expansion = Economic Decline", steigende Rüstungsausgaben führen zu wirtschaftlichem Abstieg. Nach dem Entwurf der Bundesregierung für den Bundeshaushalt 1985 kann man mühelos und nachweisbar hinzufügen: Militärischer Aufstieg kann und wird nur durch sozialen Abstieg erkaufte werden.

Wir Sozialdemokraten widersetzen uns energisch dieser unverantwortlichen Entwicklung. Dabei steht die Produktion notwendiger Sicherheit durch hinreichende Verteidigungsbereitschaft und damit auch die Existenznotwendigkeit der Bundeswehr außer Zweifel. Aber eine Volkswirtschaft, die sich aufgrund gesamtwirtschaftlicher Entwicklungen manches oder gar vieles nicht mehr leisten kann, die vor allem soziale Leistungen einschränken muß, kann nicht dem Wahn "christlicher" Raketenfetschisten aufsitzen und unbesehen weitere Milliarden in die Aufrüstung stecken. Wo bleibt denn da das Machtwort des so vielgerühmten Sparkommissars Stoltenberg?

Wir Sozialdemokraten schlagen vor, die Rüstungsausgaben zunächst auf dem Stand des Vorjahres einzufrieren, was angesichts der Haushaltsausweitung um 1,2 Prozent einer realen Kürzung der Rüstungsausgaben um 1,2 Prozent entspräche. Dies ist sicherheitspolitisch als erster einseitiger Schritt zur Dämpfung der Rüstungsausgaben verantwortbar. Kein Soldat muß deshalb - um solchen Einwänden zu begegnen - mangels warmer Socken und Decken frieren oder auf seine längst fällige Erhöhung des an sich mickrigen Wehrsoldes verzichten. (-/12.9.1984/ks/rs)

+ + +



Menschenrechte spielen keine Rolle  
-----

Zum Verhältnis der Bundesregierung zu den Machthabern in Ankara

Von Jannis Sakellariou MdEP

Heute vor vier Jahren hat das türkische Militär die Macht übernommen. Eine nüchterne Bilanz muß zu dem Ergebnis kommen, daß alle angeblichen Schritte zur Wiederherstellung der Demokratie an dem jede Menschenrechte verachtenden Charakter des Regimes nichts geändert hat. Die deutsche Bundesregierung spielt in diesem politischen Spiel eine besonders traurige Rolle. Anstatt massiv auf die Machthaber in Ankara einzuwirken, verharmlost sie die Verbrechen der türkischen Regierung und ihrer Beauftragten. Mit dem Empfang des türkischen Ministerpräsidenten Turgut Özal mit militärischen Ehren hat Bundeskanzler Helmut Kohl in der vergangenen Woche neue Maßstäbe für politische Instinkt- und Geschmacklosigkeit gesetzt.

Keine kosmetischen Tricks sollten die Weltöffentlichkeit darüber hinwegtäuschen, daß sich die Machthaber in der Türkei seit dem 12. September 1982 durch

- Hunderttausende von politischen Verhaftungen,
- systematische Folterpraxis,
- politische Massenprozesse,
- Dutzende von Exekutionen,
- Verbot von Parteien und Gewerkschaften,
- totale Zensur der Presse und willkürliches Zeitungsverbot
- Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung

zur Spitze der menschenrechtsverletzenden und -verachtenden Regime emporgefoltert hat.

Auch die Scheinwahlen vom 6. November 1983, bei welchen, nach dem Verbot von über zehn Parteien auch die Kandidaten der schließlich zugelassenen drei Parteien willkürlich von den Militärs ausgesucht und zum Teil von den Listen gestrichen wurden, können dem so "gewählten" Herrn Özal keine demokratische oder politische Legitimation verleihen.

Selbst wenn man zur Rechtfertigung dieser Geschmacklosigkeit das bekannte zynische Argument einführt, daß es sich die Bundesregierung in ihren außenpolitischen Beziehungen nicht leisten kann, nur mit solchen Staats- und Regierungschefs zu verhandeln, die aus demokratischen Wahlen hervorgegangen sind, bleibt nach wie vor unverständlich und empörend die Tatsache, daß im weiten Spektrum des Gesprächsstoffes - von der Freizügigkeit für türkische Bürger bis zu den Bundesbürgschaften in Milliardenhöhe für Lieferungen an die Türkei - der Frage der Menschenrechtsverletzungen in der Türkei kein Platz eingeräumt wurde. Offensichtlich verlieren die Menschenrechte für diese Regierung an Gewicht, wenn sie durch Milliarden-Exportgeschäfte aufgewogen werden.

Damit verliert aber auch diese Bundesregierung an Glaubwürdigkeit und Legitimation, wenn sie sich sonst als Vorkämpfer für die Menschenrechte in der Welt aufspielt.

(-/12.9.1984/ks/rs)

+ + +



# ALLE REDEN ÜBER DIE **BS** BERLINER STIMME

Sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur



**NA SOWAS! DA WILL ICH ABER  
UNBEDINGT MITREDEN! SCHICKEN  
SIE MIR DESHALB AB SOFORT DIE**

****BS** BERLINER STIMME**

Sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

**AN FOLGENDE ADRESSE :**

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

**DAMIT SIE'S GLAUBEN, MEINE UNTERSCHRIFT:**

\_\_\_\_\_

**UND KEINE WIDERREDE! VERSTANDEN!  
DAS IST EINE BESTELLUNG!!!**  
(DIE 49 MARK IM JAHR ZAHL' ICH GERNE!)

**AUGREISSEN + UND AN DIE BERLINER STIMME  
SCHICKEN! MÜLLERSTRASSE 163, 1000 BERLIN 66**

O.K.?